

Was uns stark macht: Ideen, Vielfalt, Solidarität.

Zeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016
für den Landkreis Mansfeld-Südharz

DIE LINKE.



Gysi kommt

Wahlkampfabschluss am
11. März, 16 Uhr, CinemaxX
im Charlottencenter, Halle
www.dielinke-sachsen-anhalt.de



Post von Bodo Ramelow an Wulf Gallert

»Du willst das, und Du kannst
das, davon bin ich fest
überzeugt.« **Seite 2**

Für einen starken Land- kreis Mansfeld- Südharz!

Unsere Kandidatinnen und
Kandidaten. Unsere Ideen.
Unsere Ziele. **Seite 3 bis 6**

Ich kann. Ich will. Ich werde.

1963 in Havelberg geboren, dort aufgewachsen und der Stadt bis heute verbunden. In Magdeburg und Leipzig studiert, Lehrer geworden, später noch Politikwissenschaften in Magdeburg studiert, in Havelberg ein Jugendzentrum geleitet. Immer politisch gedacht und gehandelt, 1990 mit dem Satz »Jetzt erst recht« politisch aktiv geworden. Erfahrungen in der Kommunalpolitik in Havelberg und Stendal gesammelt und 1994 Landtagsabgeordneter der PDS geworden. Als Parlamentarischer Geschäftsführer acht Jahre lang das Magdeburger Modell mitgestaltet. Dabei gelernt, wie man einen politischen Interessensausgleich herstellt, millionenschwere Landeshaushalte verhandelt, Tabus bricht und an deren Stelle Neues setzt. 2004 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE geworden. Op-

position so verstanden und ausgeübt: etwas für die Menschen im Land durchsetzen, ohne die Macht zu haben. Kluge und gute Vorschläge unterbreitet, die sich an den Bedürfnissen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Immer Politik für Menschen gemacht und für ein Land, das diesen Menschen mehr als Aufenthaltsort sein soll.

Dieser Mann will und kann Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden. Warum sollte man ihn wählen?

Weil er eine Idee hat

»Wir wollen im Land eine gute Lebensqualität für alle erreichen, die heute und in Zukunft hier leben wollen. Wir werden eine innovative Wirtschaft entwickeln, die durch gute Arbeit und Kreativität gekennzeichnet

ist. Wir werden soziale Gerechtigkeit herstellen und Vorreiter einer inklusiven Gesellschaft mit einem beispielhaften Bildungssystem sein. Wir werden für die Städte und die ländlichen Regionen eine Perspektive erarbeiten.«

Weil er Mut zur Umkehr hat

»Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgezogen, stattdessen einseitig auf schnelle Schuldentilgung orientiert. Wir werden den Abbau öffentlicher Leistungen stoppen und umkehren. Schrumpfungspolitik ist keine Lösung, weil sie die menschlichen und unternehmerischen Potenziale aus dem Land vertreibt. Auch für uns soll Neuverschuldung kein Thema sein. Aber einem Land, das in den vergangenen zehn Jahren nur zwei Prozent Wirtschafts-

wachstum aufweisen kann, fehlt es offensichtlich an Kompetenz. Wir können Wirtschaft und werden das unter Beweis stellen.«

Weil er klare Ansagen macht

»Wir beenden die Strategie des Billiglohlandes und werden uns für Flächentarife und Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben starkmachen und Gewerkschaften unterstützen. Wir stehen für Förderung des Wirtschaftsstandortes statt Subventionierung einzelner Unternehmen. Wir werden die Kommunen stärken, statt sie auszuhungern und am Gängelband zu führen. Wir wollen die Macht, um den Kommunen Gestaltungsspielraum zu geben.«

Wulf Gallert ist bereit für den politischen Wechsel. Und dieser politische Wechsel wird die Stagnation beenden.



Hass aus Bequemlichkeit

Gespräch mit den Theatermachern Matthias Brenner und André Bückler über die Kraft des Widerstandes, den Wert von Kultur und den Umgang mit Menschen in Not. **Seite 7**



Kurswechsel für gute Bildung!

Ein Plädoyer von
Thomas Lippmann und
Matthias Höhn. **Seite 8**

Den Wirtschaftsstandort fördern!



Zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen sich zurzeit im Landtag mit fragwürdigen Praktiken bei der Vergabe von Fördermitteln. Eine der wesentlichen Ursachen für die Fördermittelskandale ist das Fehlen wirklicher Strategien, wohin sich unser Land entwickeln soll. DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt formuliert schon seit Jahren ihr politisches Ziel, den Wirtschaftsstandort zu fördern statt Unternehmen zu subventionieren.

Bei einem Gespräch, das ich kürzlich mit Unternehmern in Bitterfeld führte, brachte es der Inhaber von drei Einzelhandelsgeschäften auf den Punkt: »60 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel flossen in den letzten Jahren an ganze 20 Antragsteller. Diese Fördermittel unterstützen die Großen, die in Konkurrenz zu den Kleineren stehen. Nehmen Sie lieber das ganze Geld und stecken es in eine kostenfreie Kinderbetreuung und Ausbil-

dung, dann haben wir alle mehr davon.« Sicher, Fördermittel lassen sich nicht einfach anders verwenden, aber die Botschaft ist: Ohne Bildungsgerechtigkeit, ohne ausreichendes Personal in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und bei der Polizei, ohne attraktive Kulturangebote, ohne öffentlichen Personennahverkehr, ohne Breitband wird sich die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht vom Fleck bewegen.

Wulf Gallert

PREISRÄTSEL

Eine Reise ins Europäische Parlament, ein Besuch des Deutschen Bundestages und ein Wochenende zu zweit in Thüringen zu gewinnen.
Letzte Seite

Argumente gegen Vorurteile

»Schule marode, Straßen kaputt, Schwimmbad geschlossen: Seit Jahren kein Geld in der Stadt, und jetzt sollen noch Flüchtlinge integriert werden?«
 Es stimmt, in vielen Städten und Gemeinden verrottet die öffentliche Infrastruktur. Seit Jahren wird nicht mehr ausreichend investiert. Doch das hat nichts mit den Flüchtlingen zu tun. Dass die Kassen vieler Kommunen leer sind, ist geradezu unvermeidlich, wenn Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt werden und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft wird. Wir sagen: Den Luxus, die wirklich Reichen nicht steuerlich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, können wir uns nicht länger leisten.

»Die meisten fliehen gar nicht vor Krieg, sondern sind Wirtschaftsflüchtlinge, die es auf unsere Sozialleistungen abgesehen haben.«
 Nach wie vor sind Terror, Krieg, Verfolgung die häufigsten Fluchtursachen. Fluchtrouten sind meistens sehr gefährlich. Niemand nimmt dieses Risiko nur deshalb auf sich, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sind sehr häufig Sinti und Roma. Zu ihnen sagt der Europarat: »Sie leben in extremer Armut. Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.« Sie sind rassistischer Verfolgung ausgesetzt. Die Bundesregierung hat im Herbst weitere Balkanländer als sicher eingestuft, unter anderem den Kosovo. Der ist so sicher, dass dort noch immer die Bundeswehr vor Ort sein muss.

»Flüchtlinge bekommen so viel Geld, dass sie sich sogar Smartphones leisten können.«
 Flüchtlinge erhalten nach der Erstaufnahme bis zum 15. Aufenthaltmonat mit 287 Euro deutlich weniger als Hartz IV. Handys werden häufig bereits mitgebracht und sind für Flüchtlinge kein Symbol für Wohlstand, sondern oft das einzige Mittel, um zum Beispiel mit der Familie zu Hause in Kontakt zu bleiben oder mit Familienmitgliedern, die auf der Flucht an unterschiedlichen Orten gestrandet sind.

»Wer soll denn die Versorgung all der Flüchtlinge bezahlen?«
 Zehn Milliarden wird die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2016 für Flüchtlingspolitik ausgeben. Rund 317 Milliarden Euro im Jahr betragen die Ausgaben der Bundesrepublik 2016 insgesamt. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar.



Europa muss helfen. Wir müssen helfen!

Bevor die Menschen kamen, sah man die Bilder. Zehntausende Jersiden bangten im Sommer 2014 um ihr Leben und drohten, im Sindschar-Gebirge zu verdursteten und zu verhungern. Dschihadisten zerstörten die Stätten des Weltkulturerbes aus vorislamischer Zeit. Um die kurdische Stadt Kobanê begann ein erbitterter Kampf. Doch erst einen Sommer später erreichte der Krieg wirklich Europa. Mit der Zahl der Flüchtlinge werden die Verheerungen in Syrien und im Irak wirklich klar. Tausende sind jetzt auf gefährlichen Wegen auf der Flucht. Sie suchen endlich Sicherheit und einen friedlichen Alltag, nach Monaten oder gar Jahren in Flüchtlingslagern,

ohne Perspektive für ein neues Leben, ohne Schule für ihre Kinder, ohne die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Europa muss helfen. Wir müssen helfen. Dies sehen zum Glück viele Menschen in Deutschland genauso. Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände leisten mit großem Engagement dringend notwendige Arbeit. Wir meinen aber auch, staatliche und ehrenamtliche Hilfe muss besser koordiniert werden. Statt aufwändiger »Asylgipfel« sollte eine »Ständige migrationspolitische Konferenz« eingerichtet werden, in der Fachleute und Ehrenamt, migrantische Selbstorganisationen und staatliche

Strukturen verzahnt werden. Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. Erstmals seit vielen Jahren kommen mehr Menschen ins Land als fortgehen. Das ist durchaus eine Chance. Und die wollen wir nutzen. Die Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden. Willkommenskultur muss für alle da sein – wer als Asylbewerber ausgegrenzt wird, fühlt sich auch als Asylberechtigter nicht willkommen. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns ein wichtiges Ziel. In der momentanen Situation sollte dabei unser Augenmerk auf besonders Schutzbedürftige wie allein reisende Frauen und

Kinder gerichtet sein. Den Alltag der Geflüchteten wollen wir entbürokratisieren, dazu gehören die Einführung der Gesundheitskarte und Servicestellen für Integration in den kommunalen Verwaltungen. DIE LINKE steht an der Seite aller Mutigen und Engagierten und für eine Willkommenskultur. Rassistische Angriffe und Diskriminierung müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Gehen Sie wählen und verhindern Sie mit Ihrer Wahl den Einzug rassistischer und rechtspopulistischer Parteien in den Landtag! Angstmache und Vorurteile brauchen nicht auch noch die Bühne des Parlaments zu ihrer Verbreitung.



Lieber Wulf,

in ein paar Wochen wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Du bist im April 2015 von Deinem Landesverband als Ministerpräsidentenkandidat nominiert worden, und inzwischen läuft der Wahlkampf auf vollen Touren. Dein Terminkalender wird überquellen, der Tag ist eigentlich immer zu kurz, die Nacht sowieso. Wir kennen das beide, und wir wissen voneinander, dass wir die Kraft für solche Herausforderungen haben.

Übers Regieren muss ich Dir nichts erzählen, Du weißt, wie es ist, Verantwortung für die Entwicklung des Landes zu tragen. Das »Magdeburger Modell«, die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung durch die PDS, war 1994 für die einen eine Sensation, für die anderen ein Skandal. Die Zusammenarbeit hat acht Jahre lang gute Politik für Sachsen-Anhalt hervorgebracht. Und diese Zeit hat Dich nachhaltig geprägt.

Du weißt, regieren ist kein Selbstzweck, sondern es geht immer um konkrete Verbesserungen für die Menschen im Land. In Sachsen-Anhalt beginnt nun der Prozess, den wir in Thüringen bereits erfolgreich umgesetzt haben. Bevor unsere rot-rot-grüne Koalition die Arbeit aufgenommen hat, gab es vor allem in den Medien viele Debatten. Viele wollten uns erzählen, dass das nicht geht, etwas Neues anzufangen, weil noch nie ein Dreierbündnis erfolgreich regiert habe. Inzwischen haben wir erfolgreich das Gegenteil bewiesen. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat gezeigt, dass unsere drei Parteien sehr

gut zusammenarbeiten können. Und bei allem Stolz auf unseren schönen Freistaat möchte ich behaupten: Was Thüringen kann, kann Sachsen-Anhalt auch!

Wir haben in Thüringen viele wichtige Reformprojekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Nach jahrelangen Debatten hat Thüringen endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz, wir haben den Verfassungsschutz reformiert, solidarische Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt und wie versprochen im ersten Jahr 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Auch Ihr habt vor, die Bildung zu stärken, schon zum Schuljahr 2016/17 mindestens 350 neue Lehrkräfte einzustellen und auf gar keinen Fall weitere Stellen abzubauen. Bildung ist eine richtige und wichtige Investition in die Zukunft, die sich auszahlt!

Lieber Wulf, Ministerpräsident ist kein Job wie jeder andere, man muss das leben. Du willst das, und Du kannst das, davon bin ich fest überzeugt.

Dein Bodo Ramelow

Für eine Sache brennen können

Stefan Gebhardt geht die Dinge mit Leidenschaft an. Und mit Kompetenz. Das schafft Vertrauen.

Das Mansfelder Land ist seine Heimat. Hier ist Stefan Gebhardt vor 42 Jahren geboren, hier ist er aufgewachsen, hier hat er inzwischen selber eine Familie. In Hettstedt absolvierte er als 1. Sprecher der ROTfuchse, eines linken Jugendvereins, auch seine ersten politischen Gehversuche. Den Kopf voller Ideen, wie man Kultur an die Jugend im Mansfeldischen heranbringen kann, organisierte er Konzerte, Kino, Kleinkunst. Dem »Fuxbau« der ROTfuchse drückte Stefan ab Ende der neunziger Jahre seinen Stempel auf.

Für eine Sache zu brennen, die ihm wichtig ist, andere mitzunehmen, zu begeistern, fiel und fällt dem linken Politiker nicht schwer. Die Hettstedter schenken ihm bei Stadtratswahlen ihre Stimme und ihr Vertrauen, und dass seine Arbeit positiv in die Region ausstrahlt, davon zeugen sowohl seine Mandate im Kreistag Mansfeld-Südharz als auch im Landtag von Sachsen-Anhalt. Dort zieht sich Stefans Markenzeichen »Kultur« nunmehr seit 1998 wie ein roter Faden durch das politische Geschehen. Für den in seiner Fraktion fest verankerten Kulturpolitiker war in der zu Ende gehenden Legislaturperiode besonders die drastische Kürzungspolitik der Landesregierung im Bereich Kultur ein herber Schlag. Er fühlte sich nach eigenen Aussagen »persönlich bis ins Mark getroffen« und hat bei den zahlreichen Protesten in Magdeburg, Halle, Dessau



und in der Lutherstadt Eisleben nicht nur Flagge gezeigt und sich mit Kulturschaffenden öffentlich solidarisiert, sondern auch echte Alternativen auf die Verhandlungstische in Magdeburg gelegt. Dank ihm verfügt Sachsen-Anhalt über ein eigenes Landeskulturkonzept, und das Kulturfördergesetz trägt ebenfalls Stefan Gebhardts Handschrift. Durch seine kontinuierliche solide und weitsichtige Arbeit wird ihm – nicht nur von den Oppositionskolleginnen und -kollegen – ein hohes Maß an Kompetenz bescheinigt. Das spiegelt sich auch im Bereich Medienpolitik, Stefans zweitem

Standbein, wider. Hier wurde er von seiner Fraktion in den MDR-Rundfunkrat entsandt, von dort wiederum erhielt er ein Mandat in den ARD-Programmbeirat. Obwohl beruflich stark eingebunden, ist Stefan Gebhardt jemand, der nur allzu gern in der eigenen Region an- und innehält, sich umsieht und handelt, weil ihm die Menschen und ihre Bedürfnisse hier generell wichtig sind. Dass sich das nicht ändern wird, steht seit der Geburt seines Söhnchens Franz vor anderthalb Jahren einmal mehr fest. Denn auch seine Familie soll ein lebens- und liebenswertes Mansfelder Land ihre Heimat nennen dürfen.



Stefan Gebhardt

1974 geboren, Ausbildung zum staatlich examinierten Krankenpfleger. Lebt in einer Lebensgemeinschaft, ist Vater eines Sohnes.

Seit 1991 Mitglied der Partei. Ortsvorsitzender DIE LINKE. Hettstedt und Umgebung, seit 1998 Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt.

Arbeitet hier als kultur- und medienpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Ist Mitglied des Ausschusses für Bildung und Kultur und des Ausschusses für Europa-, Bundesangelegenheiten und Medien.

War von 1999 bis 2005 und ist wieder seit 2009 Mitglied des Stadtrats von Hettstedt sowie Mitglied im Betriebsausschuss Sozialstation und im Aufsichtsrat der Stadtwerke Hettstedt.

Sitzt seit 2007 im Kreistag Mansfeld-Südharz, ist Mitglied im Aufsichtsrat der Kulturwerk MSH GmbH und seit 2004, entsandt von der Partei DIE LINKE, Mitglied des MDR-Rundfunkrats, hier Mitglied des Fernsehausschusses und des Telemedienausschusses. Seit 2009 Mitglied des ARD-Programmbeirats, seit Ende letzten Jahres stellvertretendes Programmbeiratsmitglied.

Stefan Gebhardt
Wahlkreisbüros:

Markt 5
06333 Hettstedt
Telefon: 03476/800 17 47

Markt 57
06295 Lutherstadt Eisleben
Telefon: 03475/688 01 94

gebhardt.hettstedt@gmx.net
www.stefan-gebhardt.de

Wipperliese: Runter vom Abstellgleis!



Wir erinnern uns: Im August 2014 verkündete die Landesregierung ihre feste Absicht, die Wipperliese komplett vom Gleis zu nehmen. Sie hatte wohl aber nicht mit dem großen Widerspruch aus der Region und dem Landtag gerechnet. DIE LINKE brachte das Thema mehrfach ins Parlament ein und forderte gemeinsam mit dem Landkreis, den Ortschaften und der Bürgerinitiative den Erhalt der traditionsreichen Bahn. Durch diesen Druck wurde immerhin erreicht,

dass die Wipperliese nicht ganz vom Gleis verschwunden ist und zumindest noch an den Wochenenden weiter fährt.

Auch wurde dank der Landrätin Angelika Klein nun endlich das Tourismusmarketing angekurbelt, was zum erfolgreichen Erhalt der Wipperliese beiträgt. Der Kampf um den Erhalt der Wipperliese hat sich also gelohnt, und DIE LINKE wird auch in den kommenden Jahren ein zuverlässiger Streiter für die Wipperliese bleiben.

Theater ums Theater

Die Landesregierung wollte dem Theater in Eisleben den Garaus machen. Die Förderung des Landes sollte für die Bühne in Eisleben auf Null gesetzt werden. Vor allem dank der zahlreichen Proteste in der Region, aber auch aufgrund von Initiativen der LINKEN im Landtag konnte das Schlimmste abgewendet werden. Statt dem völligen Aus gibt es jetzt 400.000 Euro jährlich

vom Land, was aber immer noch einer Kürzung von fast einer Million Euro gleichkommt. DIE LINKE hat sich hier klar positioniert: Die Landesförderung muss wieder nach oben gefahren werden. Zum einen, um das Theater finanziell zu sichern, zum anderen aber auch, um die Kommunen zu entlasten, denn diese sind finanziell für einen Teil der Landeskürzungen eingesprungen.



»Es wird Zeit, dass sich Sachsen-Anhalt vom Frühaufsteher-Image verabschiedet und sich als Land von Bildung, Kultur und Wissenschaft profiliert.« Stefan Gebhardt am 4. Oktober 2015 anlässlich der öffentlichen Vorstellung eines von der Fraktion DIE LINKE im Landtag erarbeiteten Landeskulturkonzeptes für Sachsen-Anhalt.

www.dielinke-fraktion-lsa.de/publikationen

Ein Blick zurück – 2014

Wir haben eine Landrätin
Lange stellte DIE LINKE, Sachsen-Anhalt mit Jürgen Dannenberg im Landkreis Wittenberg nur einen Landrat. Mitte des Jahres 2014 konnte sie die Zahl dann aber um 100 Prozent steigern. Da fanden nämlich im Landkreis Mansfeld-Südharz Landratswahlen statt. Für DIE LINKE trat Angelika Klein gegen den Amtsinhaber Dirk Schatz von der CDU an. Der Wahlkampf war aufregend und anstrengend. Vor allem aber war er erfolgreich. Mit über 80 Prozent der Stimmen entschied Angelika Klein das Rennen für sich.



Landratswahlkampf in Eisleben mit Sabine Künzel und Gregor Gysi

Ein Blick voraus – 2016

Sachsen-Anhalt-Tag in Sangerhausen

Nach Köthen im Jahr 2015 läßt die Rosenstadt Sangerhausen in diesem Jahr zum nächsten Sachsen-Anhalt-Tag ein. Es handelt sich sogar um ein rundes Jubiläum, denn vom 9. bis 11. September 2016 findet das große Landesfest zum 20. Mal statt. Das Motto lautet »Sachsen-Anhalt trifft Rose«. Als Beiratsmitglied der Rosenstadt Sangerhausen GmbH war auch Sabine Künzel an den vorbereitenden Planungen beteiligt.



Sabine Künzel auf dem 19. Sachsen-Anhalt-Tag in Köthen

Bitte unterstützen Sie uns.
DIE LINKE, Landesverband Sachsen-Anhalt
Deutsche Bank, IBAN: DE09 8107 0024 0118 8259 01
Verwendungszweck: SPENDE



Zeit für den Wandel – Zeit für den Regierungswechsel

Wir möchten, dass die Menschen gern in ihren Gemeinden und Landkreisen leben



Von Angelika Klein, Landrätin im Landkreis Mansfeld-Südharz

Zeit für den Wandel – so könnte die Zielstellung für die Landtagswahl am 13. März 2016 lauten. Und wir brauchen einen Wandel, der einen Regierungswechsel beinhalten muss, zwingender denn je. Die Politik der CDU-geführten Regierungen seit 2002 hat dazu geführt, dass fast alle Kommunen im Land verschuldet sind. Die aufgezwungenen Konsolidierungskonzepte führen dazu, dass fast alle freiwilligen Aufgaben gestrichen wurden und dem Ehrenamt immer mehr aufgebürdet wird. Trotzdem steigen die Kassenkredite. Wir werden weniger Lehrerinnen und Lehrer und weniger Polizistinnen und Polizisten im Land haben, weil seit Jahren die Ausbildungs- und Einstellungszahlen drastisch gekürzt wurden. Die Gegenvorschläge und Warnungen der Opposition im Landtag, der Gewerkschaften und auch der kommunalen Spitzenverbände wurden und werden weggedrückt.

Als Landrätin spüre ich sehr deutlich die Auswirkungen dieser Politik. Ich muss mit den Ergebnissen eines drastisch gekürzten Finanzausgleichsgesetzes zurechtkommen. Den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen geht es genauso. Immer wieder werden Anträge auf Stundung der Kreisumlage gestellt, weil das Geld einfach nicht da und der Kassenkredit ausgeschöpft ist.

Die Kommunen brauchen eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung. Sie brauchen Gestaltungsmöglichkeiten statt Sparzwängen, denn wir möchten, dass die Bürgerinnen und Bürger gern in ihren Gemeinden und Landkreisen leben. DIE LINKE, Sachsen-Anhalt hat in ihrem Wahlprogramm viele wichtige Fragen aufgegriffen, die uns auch im Landkreis bewegen. Ich will nur einige nennen: Das Kinderfördergesetz soll überarbeitet werden, kleine Landschulen sollen die Chance erhalten, ein umfassendes und hochwertiges Bildungsangebot umzusetzen, der öffentliche Nahverkehr soll verstärkt ausgebaut, der Breitbandausbau – eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre – durch Übernahme der regionalen Kosten gefördert werden. Aber auch der soziale Wohnungsbau und die Gesundheitsversorgung stehen auf der Tagesordnung.

Alles kostet Geld, und gute Arbeit muss gut bezahlt werden

Ich war zwölf Jahre Mitglied der Landtagsfraktion der LINKEN sowie acht Jahre im Landesvorstand. Ich weiß, wie um jede einzelne Position in diesem Wahlprogramm gerungen wurde. Da gab es Beratungen mit Betroffenen, Gespräche mit Sachverständigen und immer wieder die Debatte: Geht das auch wirklich so, oder wäre ein anderer Weg

besser? Auch die Frage nach der finanziellen Absicherung wird stets diskutiert. Wir wissen und haben in den vergangenen Jahren gelernt, dass alles Geld kostet, aber auch, dass gute Arbeit gut bezahlt werden muss.

Ich kenne die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN in unserem Landkreis seit vielen Jahren. Stefan Gebhardt war mein Landtagskollege seit 2002. Dass es das Kulturwerk in Eisleben immer noch gibt, ist im Wesentlichen auch sein Verdienst. Er hat die außerparlamentarischen Proteste in den Landtag mitgenommen. So konnte das Überleben für das Kulturwerk in der Lutherstadt Eisleben bis 2018 gesichert werden. Und damit es auch danach weitergeht, brauchen wir Stefan Gebhardt im Landtag.

Sabine Künzel setzt sich seit Jahren für die Belange der Menschen in Sangerhausen und Umgebung ein. Sie kennt sehr viele persönlich und weiß um ihre Sorgen und Nöte. Sie hat viel dafür getan, dass ich in Sangerhausen und Umgebung als Landrätin anerkannt bin.

Mit Thomas Lippmann, dem Direktkandidaten im Wahlkreis 33, habe ich unendliche Diskussionen zur Situation in den Schulen und Hochschulen geführt. Er ist Vorsitzender der Gewerkschaft

Erziehung und Wissenschaft, und sein Fachwissen war und ist eine Grundlage vieler hochschul- und schulpolitischer Anträge und Forderungen der LINKEN.

Elke Reinke ist die vierte Direktkandidatin. Bekannt geworden ist sie als erste Hartz-IV-Empfängerin im Bundestag. Sie ist immer noch eine unermüdete Kämpferin gegen Hartz IV und engagiert sich in vielen Bürgerinitiativen für Gerechtigkeit.

DIE LINKE will im März 2016 den Wechsel im Land erreichen. Mit Wulf Gallert hat sie einen Politiker aufgestellt, der es schaffen könnte, nach Bodo Ramelow in Thüringen der zweite Ministerpräsident der LINKEN zu werden. Durch Wulf, der seinen Beruf als Grundschullehrer bis heute tief verinnerlicht hat, wurde DIE LINKE in Sachsen-Anhalt in den vergangenen 20 Jahren maßgeblich geprägt. Er kennt das Land und seine Menschen wie kaum ein anderer. Er kann zuhören und nimmt Probleme und Fragen mit. Mit ihm kann man stundenlang über fast alle Themen diskutieren, und am Ende hat man häufig eine Lösung, die eigentlich gut, aber für eine Oppositionspartei nicht immer umsetzbar ist. Deshalb ist es wichtig, am 13. März 2016 DIE LINKE zu wählen.



Sabine Künzel – das ist ihre Handschrift



stätte. Der Einsatz vieler – auch der LINKEN – für den Standort hat sich ausgezahlt. Im Rahmen der Landestour »Gallert interessiert's« hatte Sabine Künzel ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion DIE LINKE und dem MIFA-Firmenchef Heinrich von Nathusius organisiert.

■ Als Mitglied im Sanierungsausschuss der Stadt setzte sich

■ Die Elternbeiträge bei den Kita-Gebühren bleiben unter 50 Prozent. Dafür hat sich DIE LINKE in der Stadtratsfraktion Sangerhausen, zu der auch Sabine Künzel gehört, stark gemacht.

■ Der Fahrradhersteller MIFA mit etwa 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bleibt in Sangerhausen und baut am Stadtrand eine neue Produktions-



Sabine Künzel maßgeblich für den Umbau des Sangerhäuser Bahnhofsgebäudes ein. Der wird nun umgesetzt und liegt in der Hand der städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Damit wird die Kreisstadt Sangerhausen innerhalb des zentralen Bahnverkehrsknotenpunktes aufgewertet.

■ Viele Einwohnerinnen und Einwohner Sangerhausens

schätzen Sabine Künzels Einsatz für den Umbau der Schwimmhalle durch die kommunale Bädergesellschaft.

■ Eine wichtige Forderung der Bürgerinnen und Bürger, die Erneuerung der Stadteingangspforte des Europa-Rosariums, wird in die Tat umgesetzt. Nicht unerheblich war dabei der Einfluss von Sabine Künzel im Beirat der Rosenstadt GmbH.



Sabine Künzel

1962 in Sangerhausen geboren, Ausbildung zur Werbekauffrau, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, ein Enkelkind.

Mitglied der Partei DIE LINKE, des Ortsvorstandes Sangerhausen und Umgebung.

Mitglied des Kreisvorstandes Mansfeld-Südharz und des Landesvorstandes Sachsen-Anhalt.

Seit 2004 Mitglied des Stadtrates von Sangerhausen, in den Ausschüssen Wirtschaft, Kultur und Tourismus sowie Stadt-sanierung und Soziales tätig.

Mitarbeit im Kreistag Mansfeld-Südharz, dort im Ausschuss Schule, Sport und Kultur.

Mitglied im Beirat der Rosenstadt Sangerhausen GmbH und in mehreren anderen Vereinen wie dem Verein der Mansfelder Berg- und Hüttenleute.

Mitglied im Vorstand des Mad House e. V. und im Frauenarbeitskreis der Gewerkschaft.

Sabine Künzel
Bürgerbüro DIE LINKE
Kylische Straße 10
06526 Sangerhausen
Telefon: 03464 / 341 44 18
sm10782@online.de
www.sabine-kuenzel.de

Eine sozialere Politik ist möglich und nötig!

Elke Reinke hat immer gegen Hartz IV, erniedrigende Sanktionen und Armutslöhne gekämpft und will es im Landtag weiter tun

Hartz IV muss weg! Fordert Elke Reinke auch heute noch, und das ist nicht nur eine Phrase, sie meint es auch so. Sie ist eine der Sprecherinnen der Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV. Das millionenfache Leid, Ausgrenzung und Krankheit durch Hartz IV und der viel zu geringe Mindestlohn von 8,50 Euro drängen immer mehr Menschen in die Armutsfalle, und sie erhalten im

Alter Armutsrenten. Mindestens 12,50 Euro Mindestlohn müssten es sein, um einigermaßen über die Runden zu kommen und vorsorgen zu können. Trotz ihrer Tätigkeit bei der Bundestagsfraktion in Berlin gelingt es Elke Reinke gut, ihre Aufgaben als Kommunalpolitikerin, als Stadträtin, Fraktionsvorsitzende und als Kreisratsmitglied unter einen Hut zu bekommen.

In ihrer knapp bemessenen Zeit ist sie vor Ort unterwegs, wie z. B. am Weltfriedenstag, oder beteiligt sich an Unterschriftensammlungen gegen das Freihandelsabkommen TTIP. Sie initiierte auch die Sammlung von Unterschriften für den Erhalt des Supermarktes in der Oberstraße in Aschersleben. Die drohende Schließung konnte so erst einmal abgewendet werden. In ihrer Eigenschaft als Stadträtin hat sich die Kommunalpolitikerin ebenso hartnäckig für den Erhalt der sogenannten Gartenstadt in Aschersleben eingesetzt. Diese besteht aus einem einmaligen Ensemble von Hans-Heckner-Bauten in Verbindung mit Kleingärten. Auch die Initiative zur Gründung des Vereins LinksTreff e.V. in Aschersleben ging von Elke Reinke aus. Nun besteht endlich die Möglichkeit, mit einem Büro eine Anlaufstelle für interessierte Bürgerinnen und Bürger, und für Genossinnen und Genossen zu schaffen.

Bei den letzten Kommunalwahlen hat Elke Reinke gut abgeschnitten. 2014 hat sie von den

Ascherslebener Wählerinnen und Wählern fast so viele Stimmen erhalten wie Detlef Gürth und Thomas Leimbach zusammen, beide CDU. Linke Politik findet Anerkennung und Akzeptanz, und eine sozialere Politik ist möglich und notwendig. Es wird höchste Zeit, dass für den Wahlkreis Aschersleben mit Elke Reinke eine kompetente Vertreterin in den Landtag von Sachsen-Anhalt kommt.



Kostenexplosion bei den Kita-Gebühren stoppen!

Ein neues Kinderfördergesetz wurde in der vergangenen Legislaturperiode durch die Koalition beschlossen. Experten und Linksfraktion waren sich in der Bewertung einig: Es ist ein handwerklich schlecht gemachtes Gesetz. Eine Folge daraus sind heftig steigende Elternbeiträge für die Kinderbetreuung in den Kitas. Mancherorts verdoppelten sie sich sogar. DIE LINKE will hier korrigieren und eine Änderung des Gesetzes. Denn für sie ist klar: Kinderbetreuung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

Wir spenden unsere Diätenerhöhung

Als sich Abgeordnete von CDU, SPD und Grünen im Jahr 1996 ihre Diäten erhöhten, lehnte dies DIE LINKE nicht nur ab, sondern handelte auch prompt: Sie gründete einen Solidarfonds, in den die Abgeordneten der Linksfraktion seitdem den Betrag der jeweiligen Diätenerhöhungen einzahlen. Mehr als 1.000.000 Euro an Spenden sind dort inzwischen eingespeist worden, um sie an

Vereine oder Einzelpersonen auszureichen. Die machen regen Gebrauch von der Möglichkeit, Anträge auf Unterstützung ihrer gemeinnützigen Aktionen und Initiativen zu stellen. Auch wichtige Projekte in unserem Landkreis sind auf diese Weise mitfinanziert bzw. deren Umsetzung durch die finanzielle Unterstützung aus dem Solidarfonds zum Teil überhaupt erst möglich

gemacht worden. So freuten sich in den vergangenen Jahren unter anderem der Kinderschutzbund und der Kreis-Kinder- und -Jugendring über großzügige Spenden, der Humanistische Verband, der Chor der Walzwerker Hettstedt, das Sangerhäuser Frauenhaus, die Eislebener Tafel oder aber das Mansfeld-Museum. Im Humboldt-Gymnasium Hettstedt entstand mit ei-

ner solchen Spende ein Grünes Klassenzimmer, und auch andere Schulprojekte wie die Stéphane-Hessel-Ausstellung wurden unterstützt. Spielmannszüge, Feuerwehren und Sportvereine setzten die Gelder aus dem Solidarfonds hauptsächlich für die Absicherung ihrer Kinder- und Jugendarbeit ein – ein Feld, das den LINKEN besonders am Herzen liegt.

Inklusion ist eine humanistische Herausforderung für uns alle

Wir brauchen Förderprogramme für ein inklusives Gemeinwesen und eine Stärkung bestehender und entstehender Aktionsbündnisse



Am 13. Dezember 2006 wurde von der UN-Generalversammlung die Behindertenrechtskonvention beschlossen, die im Mai 2008 in Kraft getreten ist. Seitdem ringen staatliche Behörden und nicht zuletzt auch unsere Schulen darum, die dort geforderten Rechte der Menschen mit Behinderungen im täglichen Leben immer besser zu gewährleisten. Dies stellt alle Pädagoginnen und Pädagogen, aber

auch die Gemeinden und den Landkreis als Schulträger vor immense Herausforderungen, die längst noch nicht gemeistert sind. Im Sinne der UN-Konvention ist unter dem oft noch ungewohnten Begriff der Inklusion mehr zu verstehen als nur Integration. Die Bedeutung ist weitreichender und stellt uns das Ziel, alle Menschen jederzeit und an jedem Ort so zu unterstützen,

dass sie ohne Einschränkung am gesamten gesellschaftlichen Leben teilhaben und ihre Potenziale voll entfalten können. Gemeint sind nicht nur Menschen mit »klassischen« Behinderungen, sondern alle Menschen, die benachteiligt sind und besondere Unterstützung brauchen. Menschen aus schwierigen sozialen Lebenslagen ebenso wie Menschen mit anderen sexuellen Orientierungen, mit anderer Hautfarbe, mit anderer Religion oder mit anderer Herkunft und Sprache.

Inklusion geht uns alle an und ist ein zutiefst linkes Anliegen. Sie ist aber auch eine Aufgabe, die nicht innerhalb weniger Jahre zu erfüllen ist, sondern den Zeitraum einer ganzen Generation umfasst und möglicherweise noch länger dauern wird. Denn der Weg zu einer inklusiven Gesellschaft geht nicht allein über Behörden und Schulen, auch wenn diese sehr wichtige Wegbereiter sind und vorangehen müssen. Inklusion muss bei der Gemeinschaft im täglichen Leben ankommen. Dazu kann jeder einen Beitrag leisten. Niemand muss warten, bis Vorgaben gemacht oder bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Vor allem in den Vereinen können wichtige Schritte gegangen werden.

Im Sport- und im Karnevalsverein, in der Freiwilligen Feuerwehr, im Heimatverein und im Jugendclub – überall kann etwas dafür getan werden, dass Ausgrenzung keine Chance hat und Gemeinsein gelebt wird. Dafür müssen mehr Anreize geschaffen werden. Denn Inklusion setzt zwar den Willen und die Überzeugung der Menschen vor Ort voraus – aber ohne finanzielle und personelle Unterstützung, ohne Fachwissen und die Schaffung von Netzwerken werden auch die größten Enthusiasten schnell an ihre Grenzen stoßen.

Das gilt in den Gemeinden ebenso wie in den Schulen. Wenn Benachteiligungen und Behinderungen ausgeglichen werden sollen, so dass alle gleichermaßen teilhaben und gemeinsam die gesteckten Ziele erreichen können, dann müssen Bedingungen geschaffen werden, die eine solche differenzierte Unterstützung auch tatsächlich möglich – und nicht nur wünschenswert – machen. Deshalb brauchen wir Förderprogramme für ein inklusives Gemeinwesen. Für die Gemeinden und die Vereine, für die Schulen und die Schulträger. Dabei müssen die bereits bestehenden Behinderten- und Inklusionsbeiräte bzw.



Thomas Lippmann

ist unser Kandidat im Wahlkreis 33 (Saalekreis). Der Wahlkreis umfasst die Stadt Wettin-Löbejün sowie die Gemeinde Seegebiet Mansfelder Land, Salzatal, Teutschenthal, Petersberg (ohne den Ortsteil Brachstedt). Thomas Lippmann, Jahrgang 1961, ist seit 25 Jahren Mitglied im Landesvorstand der GEW und seit 1998 deren Vorsitzender. Er hat drei erwachsene Kinder und ist parteilos.

Aktionsbündnisse der Landkreise als der kommunale Motor für die Inklusion gestärkt und von der Landesregierung deutlich mehr unterstützt werden. In den skandinavischen Ländern, die eine Sonderung von Behinderten z.B. im Schulwesen schon lange nicht mehr kennen, entwickeln sich wertvolle soziale Kompetenzen bei allen Kindern und Jugendlichen, die im alltäglichen Leben in der Gemeinschaft wirken. Inklusion nützt somit allen und kann auch Spaß machen.

Thomas Lippmann

Für eine nachhaltige Bildung mit gleichen Chancen für alle!

Wir wollen nicht zulassen, dass Bildung ein Privileg derer ist, die über Geld verfügen

Bildung ist die Formung des Menschen im Hinblick auf sein Menschsein. Bildung zeigt die geistigen Fähigkeiten des Menschen und ist somit ein Spiegelbild seiner selbst. Deutschland, als Land der Dichter und Denker, aber auch der Pädagogen und Erzieher, muss daher umso mehr bestrebt sein, das selbstgesteckte hohe Bildungsideal der mündigen Bürgerin, des mündigen Bürgers zu erreichen.

Im Deutschland des 21. Jahrhunderts darf Bildung kein Privileg werden, sondern muss ein Grundrecht aller Menschen bleiben. Doch welches Grundrecht auf Bildung? In einer Zeit, in der Geld für marode Banken da ist, in der Millionen an Fördermitteln veruntreut werden, scheint es kein Geld zu geben für unsere Zukunft, für unsere Kinder.

»Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung, keine Bildung.« Dieses Zitat von John F. Kennedy zeigt uns, auf welchem Weg wir in der Bildung gerade sind. Unsere Bildungslandschaft

spiegelt die Kleinstaaterei eines Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert wider. In einer Zeit, in der wir Fachkräfte und gut ausgebildete Lehrlinge mehr brauchen denn je, taumelt das Bildungssystem der vermeintlichen Dichter und Denker orientierungslos am Abgrund, macht sich Hoffnungslosigkeit breit. Um dieser Hoffnungslosigkeit aktiv entgegenzuwirken, muss im Kleinen begonnen werden.

Schule und Kita, als kleine Zentren des sozialen Lebens von Kindern und jungen Familien, müssen flächendeckend Kinderbetreuung bieten, schnell und gut erreichbar sein, um Eltern die Sicherheit zu geben, dass ihre Kinder gut betreut sind. Diese Voraussetzungen sind wichtig für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Weiterhin müssen die lokalen Verwaltungen (Landkreise, kreisfreie Städte und Gemeinden) mehr Mitspracherechte bei der Planung und Gestaltung der

Lernumgebung erhalten. Ebenso muss die ausreichende systembezogene Ausstattung mit Lehrkräften sichergestellt werden, um ein nachhaltiges Arbeiten zu ermöglichen. Außerdem muss die Arbeitszeitregelung für Lehrkräfte an die umfangreicheren und anspruchsvolleren Aufgaben angepasst werden. Klassen und Lerngruppen müssen auf ein vernünftiges Maß verkleinert werden.

Man kann mit einem kostenlo-

sen Mittagessen noch mehr erreichen, man muss es nur wollen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Bildung ein Privileg wird, dass wir das Potenzial und die Zukunft unserer Kinder leichtfertig aufs Spiel setzen. Deshalb setze ich mich als Politiker dafür ein, unseren Kindern eine Zukunft zu geben, die ihnen gerecht wird und ihnen alle Möglichkeiten offen hält.

Andrei Fischer



Andrei Fischer

ist unser Kandidat im Wahlkreis 40 (Querfurt). Der Wahlkreis umfasst die Städte Querfurt, Allstedt, Bad Bibra, Goethestadt Bad Lauchstädt, Eckartsberga, Mücheln (Geiseltal) und Schraplau sowie die Gemeinden An der Poststraße, Barnstädt, Farnstädt, Finne, Finne-land, Kaiserpfalz, Lanitz-Hassel-Tal, Nemsdorf-Göhrendorf, Obhausen und Steigra. Andrei Fischer, Jahrgang 1982, ist seit einem Jahr Mitglied der Partei DIE LINKE und Gemeinderat in Barnstädt. Nach seinem Studium an der Friedrich-Schiller-Universität Jena arbeitet er nun als Lehreramtsanwärter an der Regelschule in Roßleben.

Hass aus Bequemlichkeit

Ein Gespräch mit Matthias Brenner, Intendant des Neuen Theaters in Halle, und André Bückner, bis 2015 Generalintendant des Anhaltischen Theaters in Dessau



2013 haben in Sachsen-Anhalt Tausende gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Kultur protestiert. Wie steht es heute um die Kultur im Lande?

André Bückner: Es ging ja nicht nur um Kunst und Kultur, es ging auch um die Bildungslandschaft, die Wissenschaft, die Hochschulen. Das ist etwas gewesen, das eine seltene Einigkeit hergestellt hat. Wenn ich mich erinnere, mit wie vielen Menschen wir hier auf dem Universitätsplatz in Halle waren, mit Studenten, Theaterleuten, Museumsleuten, Bibliotheksleuten. Und ich habe in der Zeit auch immer gesagt: Das ist der Rohstoff des Landes – Kultur, Bildung, Kunst, Wissenschaft. Das zählt auch heute noch und müsste in die Zukunft entwickelt werden. Was könnte man schaffen, wenn man diese Leute liebe und ihnen Möglichkeiten gäbe.

Matthias Brenner: Wir können es nur von zwei Seiten ändern. Es muss in der Bevölkerung eine Begehrlichkeit geben. Und es muss, wenn es einen Machtwechsel geben sollte, einen Politikwechsel, auch eine Befähigung geben, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich ein

Land selber am Kragen und am Hosenboden gleichzeitig aus der Scheiße ziehen kann. Da ist so viel Potenzial. Eine Stadt in dieser Größenordnung kenne ich nicht, die so ein kulturelles, künstlerisches Potenzial hat wie Halle. Das finde ich enorm spannend, aber man belässt es im Prinzip dabei und setzt die Spirale nach unten ein. Wir sind mit einem Sumpf zu vergleichen, und die Erdanziehungskraft zieht uns nach unten, da können wir machen, was wir wollen. Und wenn wir es leisten können, dagegenzuhalten, uns immer wieder miteinander herauszuziehen, dann haben wir was geschafft. Dann können wir auch duschen gehen.

Im unlängst vorgelegten Landeskulturkonzept der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt spielen Bildung, der Kontakt von Kindern zur Kultur eine große Rolle. Wie wichtig ist da das Theater?

André Bückner: Vor 20 Jahren hatten das die Theater noch nicht so richtig erkannt, da war von Vermittlungs- oder Bildungsarbeit kaum die Rede. Mittlerweile gibt es kein Theater mehr, das sich nicht theaterpädagogisch engagiert, rausgeht in

die Stadt, in die Schulen, aber auch ran an die Lehrer. Wir haben 2014 in Dessau in über 400 Veranstaltungen 16 000 Kinder über die theaterpädagogischen Programme erreicht. Das sind schon enorme Zahlen, besonders in Städten, in denen es viele Probleme gibt, gerade im Hinblick auf Gewaltprävention, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts.

Matthias Brenner: Wir hatten eine Weihnachtspremiere hier im Neuen Theater. Da sitzen die Kinder drin und begegnen als erstes einem Teufel und seinem Sohn, der geprüft wird. Und plötzlich halten die zu dem Kleinen. Die halten zu einem Teufel, die Fünfjährigen. Das ist so großartig, wie sie der ältesten Theaterfigur mit diesem Widerspruch begegnen und einen Exkurs darüber erfahren, was Ewigkeit heißt und was Eis heißt und was ein Splitter bedeutet im Herzen. Und dass die Umwelt erkalten kann, wenn man dem Teufel nicht begegnet ist, um dagegen anzutreten.

Sehr häufig wird an der Kultur gespart. Ein Vorwurf lautet, sie rechne sich nicht.

André Bückner: Kultur »rechnet« sich natürlich nie oder nur dann, wenn alle Kosten auf die Eintrittspreise umgelegt würden. Dann kostet eine Eintrittskarte 250 Euro, und dann können wir uns ja ausrechnen, wie viele Leute sich das leisten können. Das kann ja nicht die Kultur sein, die wir wollen. Öffentlich geförderte – und ich sage bewusst nicht subventionierte, sondern öffentlich geförderte – Kultur ist etwas, das im öffentlichen Interesse der Gemeinschaft ist. Diese Kultur muss eine möglichst niedrige Zugangsbeschränkung auch über die Preise haben. In London kommen Sie kostenlos in jedes Museum. Das finde ich fantastisch! Dort hat man erkannt, dass die Kultur wertvoll, ein Wert an sich ist.

Matthias Brenner: »L'art, c'est de l'argent« hat Michel Piccoli mal gesagt – Kunst ist Geld, Kunst kostet kein Geld, Kunst ist Geld. Das kannst du zum Fenster rauswerfen, es kommt in Manteltaschen wieder herein. Wenn ich mit Studenten auf dem Uni-Platz rede, weiß ich, dass die nicht alle ins Theater gehen, aber sie sind ganz wesentliche Transmitter. Dieser Uni-Platz ist eingeklamert von zwei Theaterhäusern – vom Opernhaus und von uns. Das ist ein unglaublich hohes Gut, weil es ein Thema ist. Das sind Bleibegründe in einer Region, Gründe, in einer Stadt, in einer Kommune miteinander leben zu wollen. Und da muss man aufpassen, dass man die Krankenhäuser nicht abwirt-

schaftet, die Universitäten, die Kultureinrichtungen. Als letztes schließen dann die Kneipen. Das wissen die wenigsten. Und dann kann man sich nicht mal mehr kollektiv besaufen.

Das Thema Flüchtlinge polarisiert im Moment wie kein anderes und verschafft der AfD gerade im Osten enormen Zulauf. Was ist zu tun?

André Bückner: Wir müssen, um überhaupt zu irgendeiner Lösung kommen zu können, weg von dieser furchtbaren Angstkultur, die wir im Moment überall vorfinden. Mit Angst kann man nichts Konstruktives machen. Angst ist eine schlimme Waffe. Vor kurzem hieß es, man müsse Angst haben, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, weil sich dort eingesickerte Flüchtlinge als ISIS-Kämpfer enttarnen und in die Luft sprengen. Da wird ein Länderspiel abgesagt, und keiner weiß, warum. Man muss bei dem Flüchtlingsthema die Leute mit

geschürt. Das ist einfach Hass aus Bequemlichkeit.

Matthias Brenner: Genau deswegen sage ich ganz öffentlich: Ich bin an einem Politikwechsel in Sachsen-Anhalt interessiert. Nicht nur, weil ich hier Kultur- und Kunstschaffender bin, es hat bei mir auch eine instinktive Komponente, dass wir eine Riesenchance versäumen, wenn wir das konservieren, was da ist. Da gibt es nichts zu konservieren. Es ist nämlich nicht allzu viel da. Es ist ganz viel Kredit in Lebenslust verbraucht, und es ist ein hohes Gut, ein hohes Glück, dass man neben allem Hass, den man erleben muss, mit einer empathischen Ader ausgestattet ist. Und die kann man jetzt umsetzen. Das fällt vielen schwer, ich will sie nicht kleinreden, die Konflikte, die es in den Kommunen gibt. Aber einfach zuzumachen, dichtzumachen, zu sagen, wir bauen uns noch eine Armee um Europa, das ist der Tod, und das ist der gewählte Tod, das ist der



den Alternativen konfrontieren. Gregor Gysi hat in der Bundespressekonferenz die Frage gestellt: »Was wollen Sie machen, wollen Sie die Leute alle erschießen?« Das ist die zentrale Frage, darauf fällt alles zurück. Auf die Frage, ob wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen wollen, die zu uns kommen, um sich zu retten. Diese Frage müssen wir für uns klären. Und wenn es in Deutschland tatsächlich eine Mehrheit dafür gibt, dass wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen, die vor Gewalt flüchten, dann wandere ich aus. Wer von uns erlebt denn schon eine Beeinträchtigung seines Lebens? Wer lebt denn jetzt schlechter, wo ein paar Hunderttausend Flüchtlinge da sind? Sind Lebensmittel rationiert, sind Autobahnen gesperrt worden? Wird man nicht mehr behandelt im Krankenhaus? Kriegt man sein Arbeitslosengeld nicht mehr? Nichts dergleichen! Dieses Land funktioniert. Und es würde auch mit noch mehr Menschen weiter funktionieren. Das ist doch gar nicht die Frage. Doch es wird mit Verlustängsten gespielt und Hass

bestellte Tod! Das sind Killer, die engagiert werden müssen, um andere Menschen abzudrängen, auch billigend den Tod anderer in Kauf zu nehmen. Und das bestellen wir per Scheckkarte. Wir haben überhaupt nicht so viel auf dem Konto, um das zu bestellen. Das geht einfach nicht. Und deshalb sage ich ganz klar, hier gehört ein Politikwechsel her.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereiten Sie eigentlich auf den G-7-, G-8- oder G-20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen?
Gregor Gysi im Deutschen Bundestag





13. März 2016 Wählen gehen – damit sich etwas verändert!

»Ich gehe nicht mehr wählen.«
»Politiker sind doch alle gleich.«
»Es ändert sich ja doch nichts.«

Leider höre ich das immer öfter. Aber ich will Ihnen dazu etwas sagen. Sie haben es in der Hand, ob sich etwas ändert. Wenn Sie nicht wählen gehen, werden es andere für Sie tun, die es vielleicht nicht allzu gut meinen. Oder die anderen bleiben auch zu Hause. Dann laufen Sie tatsächlich Gefahr, dass alles bleibt, wie es ist.

Politikerinnen und Politiker sind nicht alle gleich. Ich nenne Ihnen nur drei Beispiele, wo sich DIE LINKE deutlich von allen anderen Parteien unterscheidet:

- Sie hat noch nie einem Angriffskrieg zugestimmt, und sie wird das auch in Zukunft nicht tun.
- Sie kämpft für die Angleichung der Löhne und Renten im Osten an das Westniveau.
- Sie will, dass Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen können und bundesweit Volksentscheide eingeführt werden.

Dafür steht wirklich nur DIE LINKE. Wenn Sie wollen, dass diese politischen Forderungen auch durchgesetzt werden, gehen Sie am 13. März 2016 wählen und geben Sie meiner Partei Ihre Stimmen.

John George Gysi



Schmücker Str. 20 · 98716 Elgersburg/Thr.
www.hotel-am-wald.com
https://www.facebook.com/hotelamwald
Telefon 03677 79800

Mehr Pädagoginnen und Pädagogen für gute Bildung

Die Landesregierung setzt jedes Jahr neu den Rotstift an. Sie nennt es »sparen«, angeblich, um der kommenden Generation einen ordentlichen Haushalt zu hinterlassen. Gut, könnte man meinen, würde sie nicht die Zukunft genau jener Generation wegsparen – und damit auch die Sachsen-Anhalts. Tausende Lehrerinnen- und Lehrstellen sind dieser Politik schon zum Opfer gefallen. Die Folge: Unterricht fällt aus, inzwischen fast überall im Land. Die Schülerinnen und Schüler Sachsen-Anhalts erreichten in den vergangenen Jahren in bundesweiten Vergleichen Spitzenleistungen. Es gab – neben anderen – einen wichtigen Grund dafür: ausreichend gute Lehrerinnen und Lehrer. Damit ist mittlerweile Schluss. Weder bildet das Land genügend Nachwuchs aus noch stellt es genügend neue Lehrkräfte in den Landesdienst ein.

Jedes Jahr stehen damit weniger Lehrkräfte vor den Klassen, jedes Jahr fällt mehr Unterricht aus. Das kann nicht so bleiben. Wir müssen kurzfristig etwas tun, um die größten Lücken zu schließen, und langfristig daran arbeiten, wieder eine gute Unterrichtsversorgung zu sichern. Kurzfristig heißt: Zum Schuljahr 2016/17 wollen wir mindestens 350 Lehrkräfte mehr einstellen, als es CDU und SPD planen. Auch unverständliche Hemmnisse für eine Bewerbung wol-



len wir abbauen: Alle Lehrkräfte, die wir in Sachsen-Anhalt ausbilden, und auch solche mit DDR-Lehrerausbildung wollen wir in unsere Schulen holen, wenn sie es wollen. Langfristig Vorsorge zu treffen bedeutet, die Kapazitäten an den Universitäten und in den staatlichen Seminaren schnellstmöglich dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird in den kommenden Jahren stabil bleiben, im Moment steigt sie sogar etwas. Darum wollen wir einen weiteren Stellenabbau im Schuldienst verhindern und wieder mindestens an das Niveau heran, das wir 2013 hatten: 14 300 Stellen. Das wird nicht einfach, zu viel ist von CDU und SPD in den vergangenen Jahren falsch gemacht worden. Doch ohne einen Kurswechsel werden wir uns von guter Bildung in Sachsen-Anhalt immer weiter entfernen.



Thomas Lippmann, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen-Anhalt, Kandidat für DIE LINKE zur Landtagswahl 2016



Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Kandidat für DIE LINKE zur Landtagswahl 2016

Spionin	Rosenöl	Hochebene	Anrede Sache (lat.)	engl. Artikel	babylon. Gott	Weltmeer	Laufvogel							
LINKE-Spitzenkandidat		1			Magdeburger Wahrzeichen		Turngerät							
griech. Buchstabe	10	Waldtier			Himmelsbläue	5								
feine Textilfaser							Stiftung in Dessau							
Drei (ital.)			3	2	7		dt. Alphabet							
			8	4	6	5	9	2						
Luftreifen	Schmelzüberzug		7	1	4									
			7		8		3							
		6		5	9	6	4							
arab. Staat	Landeshauptstadt	Schiff-fahrtskunde			3		1							
			8	7	6	3	5	2						
					5	9	1							
sagenh. Sonnenland	11	Cousine (veralt.)	12	Bruderschaft in Halle	Fahrt									
Ge-schmacks-verstärker						Papst-name Ruhe								
Wagen-schup-pen	4	einbal-samier-ter Körper	Fluss in Sachsen-Anhalt	Lotterie-schein		Wind-richtung	früher							
					dt. Re-formator									
Salomon-insel			Honig-wein	Zwerg der Sage		Tier-kadaver	nord. Gottheit							
		röm. Liebes-gott	7			Wolle (lat.)	14							
längl. Ver-tiefung				Verord-nung			9							
Alter (engl.)		engl. Schul-stadt	13			Nord-osteuro-päer	3							
Lösungswort	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

Preisrätsel

Zu gewinnen:



■ eine Reise nach Brüssel mit Besuch des Europäischen Parlaments



■ eine Reise nach Berlin mit Besuch des Deutschen Bundestages



■ ein Wochenende zu zweit im Hotel »Am Wald« in Elgersburg (Thüringen)

Lösung bitte bis zum 20. März 2016 einsenden an: DIE LINKE, Sachsen-Anhalt Ebendorfer Straße 3 39108 Magdeburg oder per E-Mail an: kontakt@dielinke-lsa.de

Impressum: Wahlzeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016, Auflage: 20 000 Redaktionsschluss: 6. Januar 2016 Herausgeberin: DIE LINKE, Sachsen-Anhalt www.dielinke-sachsen-anhalt.de V.i.S.d.P.: Tatjana Behrend Die Nutzungsrechte nicht gekennzeichnete Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE. Layout und Satz: DiG / TRIALON Druck: Berliner Zeitungsdruck